

**Zeitschrift:** Rote Revue : sozialistische Monatsschrift  
**Herausgeber:** Sozialdemokratische Partei der Schweiz  
**Band:** 21 (1941-1942)  
**Heft:** 4

**Artikel:** Das Internationale Arbeitsamt gestern, heute und morgen  
**Autor:** Müller, Paul  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-334265>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 15.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

versammlungen gewählt werden. Die Wirtschaftsgerichte hätten unter anderm über Streitigkeiten zu entscheiden, welche sich bei der Durchführung dieser planwirtschaftlichen Maßnahmen ergeben können.

Eine wichtige grundsätzliche Frage ergibt sich bei der Entscheidung, ob im Rahmen der Wirtschaftspläne *neu errichtete Betriebe* an Private verpachtet oder in öffentlichen Besitz übergeführt werden sollen. Man wird auch in diesem Falle je nach dem einzelnen Produktionszweig und der Betriebsgröße entscheiden müssen. Kleinbetriebe sind grundsätzlich zu verpachten, Großbetriebe ebenso grundsätzlich als öffentliche Betriebe zu errichten. Im Sinne einer möglichst freiheitlichen und föderalistischen Organisationen der Wirtschaft sind den Oberbehörden des wirtschaftlichen Verwaltungsapparates nur Befugnisse zu grundsätzlichen Entscheiden zu erteilen, kann zum Beispiel den Gemeinden und Kantonen in der Verwaltung des Kleingewerbes (Wohnungswesen, Detailhandel, Handwerk) und kultureller Institutionen (Kinotheater usw.) weitgehende Selbstverwaltung zugestanden werden.

In einem dritten Artikel werden wir uns mit der Theorie der sozialistischen Planwirtschaft, das heißt mit den theoretischen Voraussetzungen der Funktion der Planwirtschaft beschäftigen.

---

## Das Internationale Arbeitsamt gestern, heute und morgen

Von P a u l M ü l l e r.

Während sonst die mit den Friedensverträgen von 1919 ins Leben gerufene *Internationale Arbeitsorganisation* ihre Konferenzen alljährlich in Genf abhielt, fiel eine solche im letzten Jahre überhaupt aus und trat in diesem Jahre fern von den idyllischen Ufern des Lac Léman in den Vereinigten Staaten von Nordamerika zusammen, allwo sie auch die Reihe ihrer Versammlungen im Jahre 1919 eröffnet hatte. Die Rückkehr in die neue Welt ist nicht freiwillig erfolgt. Sogleich nach Kriegsausbruch hatte das *Internationale Arbeitsamt*, das als ständiges Sekretariat der Internationalen Arbeitsorganisation waltet, den Boden in Genf zu heiß gefunden und sein dortiges Heim verlassen, um sich vorübergehend, das heißt während der Dauer des Krieges, jenseits des Atlantischen Ozeans zu etablieren, allwo es sich Kanada zum Asyl aufgesucht hat. Man war in Genf im Sommer 1939 hellhörig genug, um das damals noch unterirdische Grollen des nahenden Krieges zu vernehmen und ließ sich schon zu jener Zeit von den zuständigen Instanzen den Auftrag für eine Sitzverlegung insofern geben, als das Internationale Arbeitsamt angewiesen wurde, seine Tätigkeit unter allen Umständen auch dann fortzusetzen, wenn die Welt von einem Kriegsbrand heimgesucht werden würde, und die zweckmäßigen Maßnahmen hierzu zu treffen. Wahrscheinlich mochte man damals aber noch hoffen, irgendwo in Europa einen geeigneten und gesicherten Platz zu finden. Als dann die Sitzverlegung nach dem fernen Kanada bekannt wurde, wirkte dieser Entschluß zunächst sensationell, aber heute zweifelt

niemand mehr an dessen Zweckmäßigkeit. Nur die neue Welt war fern genug, um eine Fortsetzung der Arbeiten zu gestatten, die gerade im Hinblick auf die Vorbereitungen des Friedens wichtig werden können.

Daß während der Fortdauer des Krieges die Internationalen Arbeitskonferenzen, die etwa einem dem Internationalen Arbeitsamt zur Seite gestellten Parlament vergleichbar sind, auch nicht entfernt mehr ihre frühere Bedeutung haben können, liegt wohl für jedermann auf der Hand. Abgesehen davon, daß Kriegszeiten der Sozialpolitik nie günstig sind, ist die Welt heute auch viel zu sehr aus den Fugen geraten, als daß eine geistliche Atmosphäre für internationale Begegnungen und Aussprachen gefunden werden könnte. Die Frage erscheint daher berechtigt, ob man von der Abhaltung solcher nicht zweckmäßigerweise am besten absehen würde, da es sich hierbei auch im günstigsten Falle gerade nur um ein zufällig gesetztes Rumpfparlament ohne irgendwelche Kompetenz handeln könnte. Tatsächlich konnte die Konferenz diesmal nur einen Bruchteil der früheren Delegierten ziffern aus einer relativ kleinen Zahl der Mitglieder um sich vereinen.

Gleichwohl waren die Verhandlungen nicht ganz unbeachtlich. Man vernahm dort Töne, wie sie in Genf nie gehört worden sind, wenigstens nicht aus dem Munde der leitenden Beamten und noch weniger natürlich aus demjenigen von Regierungsvertretern. So legte der interimistische Direktor des Arbeitsamtes, *Phelan*, der Konferenz einen Bericht vor, in dem er als das Ziel und die Aufgabe der Sozialpolitik nach dem Kriege die *Sicherung der wirtschaftlichen Existenz* für den Arbeiter aufstellte, und zwar unter Respektierung der Menschenwürde und der persönlichen Freiheit als den hauptsächlichen Elementen moderner Lebensbedingungen. Diese Auffassung wurde von ihm wie folgt näher begründet:

«Die Maschinen, die die Massenproduktion gestatten, haben gleichzeitig die Arbeitslosigkeit hervorgerufen, gegen die der Arbeiter, mag er noch so energisch, unternehmend und guten Willens sein, wehrlos ist. Wenn Millionen Menschen von diesem Gefühl der Verzweiflung und der Ohnmacht ergriffen werden, wird ihre effektive Mitarbeit am Leben der Gemeinschaft in Frage gestellt, wenn nicht überhaupt vernichtet. Das Prinzip der politischen Gleichheit, das die Grundlage des demokratischen Systems bildet, verliert seinen Wert und seine Wirksamkeit, wenn es nicht zugleich auch Anwendung auf der wirtschaftlichen Ebene im Leben des Staatsbürgers findet. Eine gesunde Demokratie erheischt demnach für ihre Mitglieder ein würdiges Existenzniveau, und *da die Bedingungen, unter denen wir hoffen konnten, daß die unkontrollierten Kräfte diese herbeiführen, nicht mehr existieren, sagt uns der Instinkt der Erhaltung, daß die nationale und internationale Politik auf dieses Ziel ausgerichtet werden muß*. Wirtschaftliche Sicherheit in diesem Sinne geht weiter über die alte Forderung «Recht auf Arbeit» und Ähnliches hinaus, sie bedeutet auch mehr als das Verschwinden der Arbeitslosigkeit auf Grund wirtschaftlicher Maßnahmen. Richtig verstanden, heißt «wirtschaftliche Sicherung», daß dem Arbeiter alles gesichert werden muß, was er in seiner Jugend, in seinen Arbeitsjahren, in seinem Alter nötig hat, kurz: alles, was zu einem würdigen Platz in der Gemeinschaft gehört.»

Phelan ahnt voraus, daß viele ihn wegen dieser Zielsetzung des Utopismus bezichtigen werden, entkräftet aber diesen Einwand mit dem Hin-

weis, daß nach den erlebten Wirtschaftskrisen die Staatsmänner in der Lage wären, «eine aufbauende Politik auszuarbeiten, die nicht mehr auf vagen Theorien und Doktrinen, sondern auf der Wissenschaft und auf einer alles Bisherige übertreffenden Erfahrung beruht». Auch übersieht er nicht, daß das Ausmaß der in diesem Kriege angerichteten Zerstörungen weit und breit einem Pessimismus hinsichtlich der Möglichkeiten einer durchgreifenden Aktion rufen könnten, tritt aber einer solchen Stimmung sofort mit sehr einleuchtenden Argumenten entgegen: «Die Zerstörung darf nicht mit derjenigen früherer Kriege verglichen werden, sondern man muß sie in ein Verhältnis zu der Kraft der Produktion und des Einsatzes rücken, die sie ermöglicht hat. Glücklicherweise besteht eine Wechselbeziehung zwischen der Kraft der Zerstörung und der Kraft des Wiederaufbaues. Die materielle Zerstörung der napoleonischen Kriege ist, verglichen mit den Wiederaufbaumöglichkeiten jener Epoche, viel größer als diejenige, die wir zu überwinden haben werden.»

Es besteht da auch noch ein anderer Zusammenhang, auf den Phelan nicht hingewiesen hat, der aber kaum übersehen werden kann und sehr wahrscheinlich von ausschlaggebender Bedeutung für die Gesamtentwicklung werden wird: Dieser Krieg mit seiner ungeheuren Wucht der Zerstörung hat den breiten Volksmassen überhaupt erst zum Bewußtsein gebracht, welch gewaltige Kräfte den Völkern im Verlaufe der jüngsten industriellen Entwicklung beigelegt worden sind und wie spielend leicht es mit Hilfe dieser werden müßte, alle wirtschaftliche Not zu meistern und einen allgemeinen Zustand der Wohlfahrt zu schaffen, wenn sie nur erst einmal diesem Zweck und nicht dem der organisierten und kommandierten Zerstörung dienstbar gemacht werden würden. Das ist die große Erkenntnis, die die Volksmassen zuvorderst aus diesem Kriege gewonnen haben, und man darf annehmen, daß diese darum auch nicht mehr eher Ruhe geben, ehe die praktische Nutzanwendung daraus gezogen sein wird. Müssen nicht gerade im Lichte dieses Krieges und des damit verbundenen Einsatzes alle Einwände, die bisher jeweils gegen schon geringe soziale Besserungen und Neuerungen geltend gemacht worden sind, direkt lächerlich erscheinen, und kann jemand im Ernst glauben, die Massen werden sich auch nach diesem Kriege wieder durch solche Ausflüchte beirren lassen? Schon der letzte Krieg hat überall mit einem heftigen sozialen Beben geendet. Es waren zutiefst gesehen gleiche, wenn auch zumeist nur dumpf geahnte Empfindungen, die die Arbeiterschaft die Forderung nach dem Achtstundentag und sonstigen Sozialreformen damals auf die Tagesordnung rücken ließen. Vielleicht hat der interimistische Arbeitsamt-Direktor nur eine wachere Erinnerung an jene Ereignisse als viele andere und hielt er es nur für angebracht, gewisse Kreise rechtzeitig zu belehren, daß für die alte Politik sozialer Pflästerchen morgen kein Platz mehr sein wird.

Noch von einer andern gewichtigen Seite sind, zwar nicht in der Konferenz, wohl aber aus ihrem Anlaß, recht beachtenswerte Bemerkungen über die zukünftige Gestaltung der Sozialpolitik gefallen. Wir meinen die Radioansprache *Roosevelts* vom 7. November 1941, deren Kernsätze wie folgt lauteten:

«Die durch den Krieg zusammengebrochene Wirtschaft muß neu und besser aufgerichtet werden. Doch handelt es sich keineswegs um eine leichte Aufgabe. Die Verwirklichung setzt die engste Zusammenarbeit aller Nationen auf wirtschaftlichem Gebiet voraus. Wir haben zu gut verstanden, daß die sozialen und wirtschaftlichen Fragen nicht mehr einzeln zu behandelnde Probleme bilden, und zwar weder im nationalen noch im internationalen Leben. *Die Wirtschaftspolitik stellt keinen Selbstzweck dar, sondern lediglich ein Mittel zur Erreichung sozialer Ziele.* In der Nachkriegszeit darf es keine Privilegien weder für Einzelne noch für Nationen geben.»

Man darf voraussehen, daß diese Worte mit vollem Vorbedacht gesprochen worden sind. Zu dieser Annahme zwingt schon der Umstand, daß Roosevelt unter allen führenden Staatsmännern dem Wirken des Internationalen Arbeitsamtes von jeher das meist wache Interesse entgegengebracht hat. Roosevelt war es, der alsbald nach seinem Amtsantritt Amerika zu der Genfer Institution zurückführte, an deren Entstehung es im Jahre 1919 einen so hervorragenden Anteil genommen hatte, und nicht genug damit, setzte er es durch, sich dadurch einen ständigen Einfluß zu sichern, daß einer seiner intimsten Gesinnungsfreunde, der jetzige amerikanische Botschafter in London, Mr. Winant, mit dem Amte betraut wurde, das einst der Franzose Thomas innehatte. Auch waren es amerikanische Regierungsvertreter, die sich nicht scheuten, gelegentlich ganz offen für Postulate der Arbeiterschaft einzutreten und dem sozialen Fortschritt in einer Weise das Wort zu reden, wie man es in Genf bis dahin nur von Arbeiterdelegierten zu hören gewohnt war. In frischer Erinnerung ist noch, wie ein Abgesandter Roosevelts vor Jahren mit den Unternehmervetretern wegen ihrer ablehnenden Haltung gegenüber einem Konventionsentwurf ins Gericht ging, der die Einführung der Vierzigstundenwoche für die Eisen- und Stahlindustrie zum Gegenstand hatte.

Indessen war das ganze Räderwerk der Genfer Institution schon viel zu sehr eingerostet, als daß es Roosevelt gelang, dieses auf eine höhere Tourenzahl zu bringen. Zeitweise drohte sogar die Gefahr, daß Genf in völliger Umkehrung der Mission, die ihm ursprünglich auf den Weg gegeben war, zu einem Hemmnis des sozialen Fortschritts werde und daß sich dort die internationale Reaktion des Unternehmertums samt den Regierungen ein Stelldichein gebe, um eine Entwicklung aufzuhalten, die im Begriffe stand, sie im eigenen Lande zu überrennen. So wurde im Jahre 1936 die Tribüne der Internationalen Arbeitskonferenz in Genf von dem französischen Unternehmertum ganz systematisch zu einer Manifestation gegen die Sozialgesetzgebung der Volksfront mißbraucht. Damals war es auch, daß der französische Arbeiterdelegierte Léon Jouhaux, der von deren Gründung an zu den lebhaftesten Befürwortern der Mitarbeit an der Genfer Institution in Arbeiterkreisen gehörte, entrüstet und warnend erklärte:

«Wenn das Internationale Arbeitsamt, wenn die Internationale Arbeitsorganisation ein Organismus werden sollte, der nicht dem Fortschritt, sondern dem Rückschritt mit allen seinen ungünstigen Folgen für die Gesetzgebung gewisser Länder dient, dann erhebt sich die Frage, ob wir fortfahren sollen, hier gegenüber denjenigen mit Argumenten aufzuwarten, die in unserem Lande versuchen, sich gegen die Entwicklung der sozialen Gesetzgebung zu erheben.»



Der Verlauf jener Tagung mit ihrem für die Arbeiterschaft so negativen Ergebnis hat nur besonders grell einen Zustand erhellt, der dem aufmerksamen Beobachter längst nicht mehr entgehen konnte: Je länger, desto mehr war die Genfer Institution zu einem fast völligen Leerlauf verurteilt worden. Wohl kam das Amt alljährlich mit wertvollen Veröffentlichungen heraus, und wohl entstand unter seiner Hand nach und nach eine umfangreiche Literatur, die das ganze soziale Geschehen der Welt wie in einem Spiegel auffing und die dem Sozialpolitiker wertvollstes Material bot. Aber alles das konnte nicht darüber hinwegtäuschen, daß Genf mit der eigentlichen Aufgabe, mit der es betraut war, in einem zum öffentlichen Ärgernis gewordenen Verzug blieb. Schon bei der Durchführung der Reformen, für die in der Arbeits-Charte von den Regierungen die feierliche Verpflichtung übernommen worden war, ergaben sich Reibungen über Reibungen.

Es ist kein Geheimnis, daß bereits die von der Washingtoner Konferenz im Jahre 1919 beschlossene Achtstundentag-Konvention nur unter dem Eindruck der damaligen sozialen Unruhen zustande gekommen war, und niemand hat die Komödie vergessen, die sich dann bei ihrer Ratifizierung durch die Regierungen abspielte. Fortwährend wurde diese von den meisten Regierungen unter immer neuen, nichtigen Vorwänden verzögert, und wenn schon die Ratifizierung erfolgte, dann geschah in vielen Fällen nichts, um die Landesgesetzgebungen der Konvention anzupassen. Diese Ratifizierungspraxis war von jeher ein Kapitel für sich. Nicht nur, daß sie die Genfer Maschinerie an Langsamkeit noch überbot, machte sich eine Reihe von Regierungen über die Konventionen offenbar direkt lustig, namentlich in solchen Ländern, wo die Gewerkschaften nicht stark genug waren, nach dem Rechten zu sehen. Als einmal das Genfer Amt sich aufraffte und Experten ausschickte, um zu untersuchen, wie weit die Landesgesetze und ihre Handhabung mit den rechtskräftig gewordenen internationalen Konventionen übereinstimmten, führte dies vielfach zur Enthüllung wahrhaft skandalöser Zustände.

Wohl der frivolste Spott wurde mit der *Vereinigungsfreiheit* getrieben. Auch deren Verwirklichung war der Genfer Institution überbürdet worden. Abgesehen davon, daß diese eine Elementarforderung der Arbeiterschaft darstellt, bildet sie auch eine unerläßliche Voraussetzung für ein halbwegs gutes Funktionieren des in Genf aufgezogenen Mechanismus, der bekanntlich auf der Dreiteilung der Konferenzdelegierten entsprechend ihrer Eigenschaft als Vertreter der Regierungen, Vertreter der Unternehmer und Vertreter der Arbeiterschaft beruht. Kommen in dieser Hinsicht Verfälschungen vor und erscheinen auf der Konferenz Arbeitervertreter, die nichts anderes als verkappte Regierungsvertreter sind, dann werden die Abstimmungen zur Komödie und mit ihnen auch die Konferenzen. Fügt man zu alledem noch den umständlichen Abstimmungsmodus mit der Vorschrift hinzu, daß zur Annahme von Konventionsentwürfen eine Zweidrittelmehrheit nötig ist, dann braucht man sich allerdings über den festgestellten Leerlauf nicht mehr zu verwundern.

Auch sonst haftete der Organisation von Anfang an eine ganze Reihe von Mängeln an, die einer fruchtbaren Tätigkeit immerfort im Wege

standen. Da ihr gemäß Friedensverträgen die Sozialpolitik als Gebiet zugewiesen worden ist, für das sie allein zuständig ist, fanden die Gegner des sozialen Fortschritts in dieser Bestimmung eine willkommene Handhabe, um die Tätigkeit des Internationalen Arbeitsamtes fortgesetzt einzuschränken und zu hemmen. Es wurde zu einem stehenden Vorwurf, vor allem der Unternehmervertreter, daß das Amt seine Kompetenzen überschreite und Vorstöße in die Wirtschaftspolitik unternehme. Natürlich weiß jedermann, daß zwischen Sozialpolitik und Wirtschaftspolitik ein Trennungsstrich praktisch gar nicht zu ziehen ist und daß beide miteinander in einer Wechselbeziehung stehen. Gleichwohl hielten die Unternehmer daran fest, daß die Sozialpolitik streng abgegrenzt bleiben müsse und daß sich das Internationale Arbeitsamt mit Fragen der Wirtschaftspolitik nicht zu befassen habe. Der Zweck dieser Übung war nur allzu durchsichtig: der logische Zusammenhang, der nun einmal zwischen beiden Fragenkomplexen besteht, wurde von ihnen benutzt, um dem Internationalen Arbeitsamt und der Internationalen Arbeitsorganisation jede Bewegungsfreiheit auf sozialpolitischem Gebiet zu nehmen und sie zur Rolle eines Aschenputtels zu verurteilen, wie in ihren Augen die Sozialpolitik überhaupt nur eine der Wirtschaft aufgebürdete tote Last ist.

Von diesem trüben Hintergrund heben sich die zitierten beiden Reden von Roosevelt und Phelan durch ihre Helligkeit ab. In ihnen wurde, was in Genf mit allen denkbaren Listen von den Herren und Handlangern des Kapitals künstlich verschoben wurde, wieder zurechtgerückt. Beide Redner stellen ausdrücklich den inneren Zusammenhang zwischen Wirtschafts- und Sozialpolitik fest, wobei sie zugleich, sehr im Gegensatz zu den landläufigen bürgerlichen Auffassungen, das Primat nicht der Wirtschaft, sondern dem Gebot der Sozialpolitik einräumen. Ganz unmißverständlich klar ist dies von Roosevelt zum Ausdruck gebracht worden, und wenn die ganze diesjährige Konferenz der Internationalen Arbeitsorganisation kein anderes Ergebnis gehabt hätte als diese einzige Rede, würde ihre Bedeutung dadurch allein schon die meisten ihrer Vorgängerinnen, auch wenn sie sich äußerlich stattlicher präsentierten, bei weitem übertreffen, da hierdurch dem Internationalen Arbeitsamt und der Internationalen Arbeitsorganisation ein völlig neuer Weg gewiesen worden ist.

Es wäre jedoch nur wenig gewonnen, wenn es bei diesen Reden sein Bewenden haben würde. Die Erfahrungen, die bisher mit der Genfer Institution gemacht wurden, sind nicht derart, daß man erwarten könnte, die Hindernisse, die dort einer fortschrittlichen Sozialpolitik immer wieder in den Weg gelegt worden sind, seien nun endgültig fortgeräumt. Läßt man die Dinge dort unverändert, dann wird Genf wiederum der Schauplatz für die Machenschaften aller Saboteure der Sozialpolitik werden. Es ist darum ein unerträglicher Gedanke, daß eines Tages dort alles wieder so werden soll, wie es einmal war. Mit einer solchen Absicht könnte sich die Arbeiterschaft nicht abfinden. Schon im Jahre 1919 hat sie mit großer Enttäuschung erleben müssen, wie ihre bei Kriegsende in Bern redigierte Arbeits-Charte nur in grob verzerrter Form in die Friedensverträge übernommen wurde. Von einem derart schwerfälligen Organismus, wie er dann in Genf ins Leben trat, war in diesem Dokument nirgends die

Rede. Dafür sah es vor, daß der Vollzug der Gesetze unter Heranziehung der Gewerkschaften zu erfolgen hätte, wie überhaupt den letzteren eine ganz andere Rolle zugedacht war, als sie ihnen später bei der Durchführung zugewiesen wurde. Vor allem schwebten den Verfassern Konferenzen mit dem Charakter eines wirklichen Weltparlaments der Arbeit vor, das bindende Beschlüsse fassen konnte. Auch ist eine ganze Reihe von Forderungen, die jene Charte anführte, namentlich soweit sie den Jugendschutz betreffen, ganz unter den Tisch gefallen. Ist auch inzwischen vieles überholt, so wird die Arbeiterschaft doch bei Friedensschluß auf jenes Programm irgendwie zurückkommen müssen, vor allem, was den organisatorischen Aufbau der Internationalen Arbeitsorganisation angeht, nachdem sich der bisherige als dermaßen unzulänglich und zweckwidrig erwiesen hat. *Nur eine im Sinne der Berner Forderungen von Grund aus erneuerte internationale Institution vermag den sozialpolitischen Notwendigkeiten von morgen gerecht zu werden.*

---

## Anstrengungen und Erfolge in Schweden

Von J e a n n e R e e l e

Schweden hat in vieler Hinsicht eine bessere Eigenversorgungsgrundlage als die meisten Länder Europas. Aber in bezug auf manche unentbehrlichen Waren, wie Öl, Kohle, Düngemittel der verschiedenen Art, Gummi, Wolle, Baumwolle u. a. – ganz abgesehen von solchen «Luxuswaren» wie Kaffee, Tee und Kakao –, ist auch Schweden vom Ausland abhängig. Außerdem war es in den Vorkriegsjahren bewußt auf internationalen Warenaustausch eingestellt, auch wenn es zugleich eine gewisse auf einheimischen Verbrauch abzielende Industrie ausbaute. Als der Krieg ausbrach, mußten viele an sich vorhandene Möglichkeiten einer größeren Selbstversorgung des Landes völlig neu in Angriff genommen werden, dies um so mehr, als durch die Besetzung von Norwegen und Dänemark die Verbindung mit England und Amerika abg. brochen wurde und später der finnisch-deutsch-russische Krieg auch die Handelsbeziehungen mit Rußland vernichtete, als sie gerade stark ausgebaut werden sollten. Das Land stand und steht vor großen Problemen und Aufgaben. Aber es hat, wie der folgende kurze Überblick zeigen soll, auch starke Kräfte zu ihrer Bewältigung zur Entfaltung gebracht.

Wenn man die allgemeinen, die Wirtschaftslage eines Landes betreffenden Zahlen über Produktionsstand, Beschäftigungsgrad, Arbeitslosigkeit, Zugang von Neuwohnungen u. a. betrachtet, so ergibt sich, daß Schweden im Jahre 1941 ungefähr auf demselben Stand ist wie 1936. Das heißt, der nach der Krise von 1932/33 einsetzende, ständig steigende Aufschwung der schwedischen Wirtschaft ist um ungefähr vier Jahre zurückgeschleudert worden, bei einer Vermehrung der Bevölkerung um rund 100 000. Auch der Außenhandel ist, wenn man ihn insgesamt und den Wertziffern nach